

NR. 1, MÄRZ 2021

OSTGRÜN

BULLETIN DER KANTONE SG, TG, GL UND GR



- › **RYSER:** NULLTOLERANZ GEGEN SEXUELLE BELÄSTIGUNG SEITE 4
- › **FRAUENSTIMMRECHT:** 50 JAHRE FRAUENSTIMMRECHT IM OSTGRÜN-LAND SEITE 7
- › **ST.GALLEN:** OFFENES MIKROFON FÜR KANTONS RÄTINNEN SEITE 15



50 JAHRE

FRAUENSTIMMRECHT

LIBERTÉ, EGALITÉ, PFEFFERMINZTÉ!

Riesige Auswahl an Heilkräutern.

neubauer
gmbh
...sorgt für Leben im Garten

BIOGÄRTNEREI | NATURGÄRTEN
8586 Erlen TG neubauer.ch

MARDER IM DACH?

CURAU
WWW.CURAU.CH

Mit unserer Dämmung
werden Sie ihn los!



Im Einklang mit der Natur



Guido Leutenegger
www.natur-konkret.ch
Das tier- und naturfreundlichste
Label der Schweiz



COMEDIA

Katharinengasse 20, 9004 St.Gallen
Tel. 071 245 80 08, medien@comedia-sg.ch



Die Genossenschafts-Buchhandlung mit dem
besonderen Angebot und dem guten Service.
Auch für Bibliotheken, Schulen, Institutionen.

www.comedia-sg.ch mit unseren Buch-,
Comic/Manga-, WorldMusic- und Veranstaltungstipps
und dem grossen Medienkatalog **mit E-Shop!**

bio

für Küche, Haushalt, Bad, Garten,
Kleiderschrank und Geschenksideen

Bahnhofstrasse 4 · Weinfelden
www.biosfair.ch



DEIN INSERAT IM «OSTGRÜN»

Du erreichst 1600 Mitglieder und
Sympathisant*innen der GRÜNEN
in der Ostschweiz.

1/8 Seite Fr. 150.00, bei vier Schaltungen ein
Inserat gratis, 10% Mitgliederrabatt.

sekretariat@gruene-sg.ch | sekretariat@gruene-tg.ch

Markus Allemann Naturgärten GmbH



Planung, Ausführung und
Unterhalt von Naturgärten

8577 Schönholzerswilen
Telefon 071 633 29 84
www.natur-gaerten.ch



FRAUENSTIMMRECHT UND GLEICHBEHANDLUNG

Liebe GRÜNE

Oh – wo fangen wir denn bei diesem Thema an? Im Mittelalter. Das himmeltraurigste Kapitel für Hebammen und so viele Frauen, die gequält wurden. Im Erbrecht: unangefochten – der 1. Sohn, der erbt. Im Kirchenrecht: Männer im Zölibat, die uns sagen, wie «Familie bis dass der Tod euch scheidet» funktioniert. Macht, die macht. Jahrhunderte wurden Frauen entmündigt, durften keine Verträge unterschreiben, wenn sie verheiratet waren. Waren sie ledig, war schwanger werden eine Katastrophe, eine Schande! Die Geschichte eines Systems mit System. Ein System, das sich tief in unsere Wurzeln eingegraben hat, in die Wurzeln von Frauen, Männern, Familien und unserer ganzen Gesellschaft.



Frauen haben viel erreicht – doch noch sind wir nicht am Ziel!

Und wo stehen wir heute bei uns in der Schweiz? Noch immer halten wir es für «normal», dass das Sexgewerbe in Städten und auch auf dem Land existiert. So las ich im Buch von Aline Wüst «Piff, Paff, Puff – Prostitution in der Schweiz» so viele erschütternde Berichte von Frauen, die aus wirtschaftlicher Not gezwungen in diesem Milieu «arbeiten», aus welchem wir so viele Suizide hinnehmen. Die Autorin zitiert Anna: «Sobald du zum ersten Mal mit einem Kunden ins Zimmer gehst und die Türe hinter dir schliesst, bist du eine andere, wenn du nach einer halben Stunde diese Tür wieder öffnest.» Wir sind aufgefordert, die Stimmen der Frauen zu hören. Prostitution, Industrie für Kriege, Zerstörung der Umwelt, häusliche Gewalt, Doppelbelastungen durch Pflege von Kindern und pflegebedürftigen Angehörigen, weniger Lohn für gleiche Leistungen, Putzfrauen ohne Anstellung, zu wenig Mitspracherecht in den Verwaltungsräten, Stadträten, im Ständerat...

Wie haben unsere Vorfahrinnen uns den Weg in einer durch Jahrhunderte geprägten Unterdrückung von Frauen gebahnt! Wo wäre die Welt heute, wären global, früher wie heute, Frauen gleichberechtigt? Ob es noch so viele Kriege gäbe?

Ob Männer heute auch weinen dürften? Und Frauen weniger weinen müssten?

Heidi Heine
Co-Leiterin GRÜNE Frauen TG
h.heine@gruene-tg.ch

OSTGRÜN NR. 1/2021

Bulletin der GRÜNEN Ostschweiz
c/o GRÜNE Kanton St.Gallen
Harfenbergstr. 17, 9000 St.Gallen

März 2021
Erscheint 3-mal jährlich

Auflage: 1600 Exemplare
Redaktion: Daniel Bosshard (SG), Kurt Egger (TG), Priska Müller Wahl (GL), Maya Crameri (GR)
Gestaltung: Daniel Bosshard
Porträtfotos S. 4 – 6: Béatrice Devènes
Druck: Druckerei Walpen, Gossau



NULLTOLERANZ GEGEN SEXUELLE BELÄSTIGUNG

Sexuelle Belästigung, Sexismus und Mobbing am Arbeitsplatz sind in der Schweiz noch immer weit verbreitet. Im vergangenen Herbst wurden mehrere Fälle von sexueller Belästigung in öffentlichen Institutionen publik gemacht. Die GRÜNEN fordern eine Null-Toleranz-Haltung im Umgang mit Sexismus.

FRY. Im Herbst 2020 kamen mehrere Fälle von sexueller Belästigung in öffentlichen Institutionen ans Licht. Beim Westschweizer Fernsehen RTS zum Beispiel. Der Instagram Kanal Swiss Media Too sammelte über 180 Fälle von sexistischen Sprüchen, die Mitarbeiterinnen dort zu hören bekamen. Auch Studierende der ETH Lausanne beschwerten sich über homophobe Lieder, sexuelle Übergriffe, Belästigungen und Komplizenschaft unter den Verantwortungsträgern. Und schliesslich wurde auch der Schweizerischen Nationalbank (SNB) von Mitarbeiterinnen eine Unternehmenskultur vorgeworfen, die Frauen systematisch kleinhalte und es verunmögliche, gemeldete Fälle von Sexismus, Mobbing und Lohnungleichheit aufzuarbeiten.

Die GRÜNEN fordern eine Null-Toleranz-Haltung im Umgang mit Sexismus. Insbesondere im Service Public, der mit öffentlichen Geldern (mit-) finanziert wird, gibt es keinen Platz für geschlechterspezifische Gewalt oder Belästigung. Die Grüne Bundeshausfraktion hat auf die Vorfälle reagiert.

Anlässlich des Menschenrechtstages haben wir gleich acht Vorstösse eingereicht, damit diese Fälle aufgearbeitet werden. Und wir verlangen Massnahmen, damit sich solche Fälle nicht wiederholen.

Vorstösse grüner Nationalrätinnen
Unsere Fraktionspräsidentin Aline

Trede forderte eine unabhängige Untersuchung, um den systemischen Machtmissbrauch in der RTS und der SRG zu unter-

suchen und Verbesserungen einzuleiten. Manuela Weichelt-Picard wies in einer Interpellation auf die Missstände in der SNB hin und nimmt damit auch den Bundesrat in die Pflicht: Denn dieser wählt sechs der insgesamt elf Mitglieder des Bankrates, des obersten Führungsgremiums, welches unter anderem die Grundsätze der Entlohnung des Personals festlegt.

Um betroffene Frauen zu unterstützen, forderte Greta Gysin die Schaffung von unabhängigen und unparteiischen Anlaufstellen, die im Falle von Missbrauch, Mobbing und Diskriminierung am Arbeitsplatz Hilfe bieten

können. Denn gerade in kleineren Betrieben hindert das Machtgefälle oder die Angst vor Jobverlust viele Frauen daran, Vorkommnisse zu melden. Eine unabhängige Anlaufstelle soll psychische und juristische Beratung bieten, sodass die Betroffenen wissen, was ihre rechtlichen Möglichkeiten sind.

Dieses Jahr feiern wir das 50-Jahr-Jubiläum des nationalen Frauenstimmrechts. Das Thema Gleichstellung ist dieses Jahr besonders präsent. Doch gerade am Arbeitsplatz wird Gleichstellung oftmals nicht umgesetzt. Das Parlament anerkennt den Handlungsbedarf: Noch dieses Jahr wird eine nationale Strategie für die Gleichstellung von Frauen und Männer verabschiedet, bei welcher die Bekämpfung von Gewalt und Sexismus ein Schwerpunktthema darstellen wird. Der Kampf gegen Sexismus geht weiter.



Franziska Ryser
Nationalrätin GRÜNE SG



GLEICHSTELLUNG AUCH IM STEUERRECHT

Aufgrund der Steuerprogression bezahlen gemeinsam besteuerte Paare höhere Steuern als Einzelpersonen. Die GRÜNEN fordern schon lange die Einführung der Individualbesteuerung. Die FDP Frauen haben nun eine Initiative lanciert, mit grüner Vertretung im Initiativkomitee.

MZO. Seit 50 Jahren wird den Frauen ihr Stimmrecht auf Bundesebene nicht mehr verweigert. Zu spät wurde die «halbe Demokratie» zu einer vollen. Doch auch andere Bestimmungen waren und sind zum Nachteil der Frauen ausgestaltet. Das Eherecht war ein bekanntes Beispiel. Aber auch unser Steuersystem stammt aus einer Zeit, in welcher der Ehemann Hauptverdiener war und die Ehefrau nach der Heirat nur einen Zustupf an die Familienkasse leistete.

In der Nachkriegszeit wurde auf Saisoniers und nicht auf Frauen gesetzt
In der Endphase des zweiten Weltkriegs hatte man Angst vor zu wenig Arbeit für die Bevölkerung. Der Bundesrat setzte Otto Zipfel als Delegierten für Arbeitsbeschaffung ein. Dieser ging davon aus, dass nach dem Krieg Arbeit knapp sein würde. Er folgerte: «Es rechtfertigt sich nicht, dass in einer Familie Mann und Frau hohe Löhne erhalten.» Als nach dem Krieg, anders als erwartet, zu wenige Arbeitskräfte zur Verfügung standen, setzte man auf Saisoniers, weil «...bei der Rückführung von schweizerischen Arbeitskräften in den Haushalt...» kein Zwang ausgeübt werden könne.¹

Heutiges Steuermodell basiert auf veralteten Vorstellungen

Bis heute favorisiert unser Steuersystem das Einverdiener-Modell. Sobald beide Ehepartner ein Einkommen erzielen, wird dieses addiert besteuert. Die Progression führt zu einer überproportionalen Steuerlast. Das macht es finanziell häufig uninteressant, wenn beide einer Erwerbsarbeit nachgehen. Die heutigen Lebensmodelle, insbesondere das Konkubinat, führen zudem zu einer ungerechtfertigten Ungleichbehandlung. Früher war man, jedenfalls im Sinne des Gesetzes und der herrschenden Moral, entweder ledig, alleine und kinderlos oder verheiratet. Doch wenn heute immer mehr Paare auch mit Kindern im Konkubinat leben, wieso sollen diese gegenüber Verheirateten besser oder schlechter gestellt sein?

Initiative zur Individualbesteuerung

Die FDP Frauen haben nun eine Initiative zur Einführung der Individualbesteuerung lanciert. Ich gehöre dem Initiativkomitee an. In dieser Frage sind die Freisinnigen auch im Parlament unsere Verbündeten. Wir fordern

schon lange die Einführung der Individualbesteuerung. Im Ständerat dürfte es das Anliegen nicht einfach haben. Die CVP, neu als «Die Mitte», propagiert eine Splitting-Lösung. Senkt man aber den Steuersatz aller Verheirateten, resultiert kein Anreiz für zusätzliche Arbeitstätigkeit, sondern einfach eine neue Ungleichbehandlung, eine Konkubinatsstrafe.

«Die heutigen Lebensmodelle führen zu einer ungerechtfertigten Ungleichbehandlung.»

Es ist Zeit, die Heiratsstrafe abzuschaffen; aus Gründen der Gleichbehandlung, der Förderung der Erwerbstätigkeit der Frauen und um die heutigen Lebensmodelle abzubilden. Aber nur die Lösung über die Individualbesteuerung schafft keine neuen Ungleichheiten. Die Initiative verdient deshalb unsere Unterstützung.



Mathias Zopfi
Ständerat GRÜNE GL

¹ Zum Ganzen verweise ich auf den interessanten Artikel von Brigitte Studer, in NZZ Geschichte Nr. 32, 2021.



FÜR EINE KLIMAPOSITIVE SCHWEIZ BIS 2040

Die GRÜNEN haben an ihrer Delegiertenversammlung den Klimaplan verabschiedet. Dieser beinhaltet das Ziel Netto-Null bis zum Jahr 2040. Neben technischen Massnahmen fordert der Klimaplan einen grundlegenden Wandel in Wirtschaft und Gesellschaft.

KEG. Der Klimaplan legt dar, wie die Klimaziele der GRÜNEN erreicht werden können. Bis 2030 soll die Schweiz «klimaneutral» werden, indem sie die Emissionen im Inland um 50 Prozent senkt und im Ausland um dieselbe Menge reduziert.

Doch damit ist das Ziel noch nicht erreicht: Bis spätestens 2040 sollen die Emissionen auf netto null gesenkt werden, indem die importierten Emissionen auf null reduziert werden und die verbleibenden Emissionen in der Schweiz mit negativen Emissionen der Atmosphäre wieder entzogen werden. Erreicht werden soll dieses Ziel unter anderem mit einem Verbot von neuen fossil betriebenen Fahrzeugen ab 2025 und neuen Erdölheizungen ab 2023. Der Finanzplatz soll seine Investitionen bis ins Jahr 2025 in erneuerbare Energien lenken.

Verantwortung tragen

Spätestens ab 2040 soll die Schweiz klimapositiv werden, indem sie dazu beiträgt, dass mehr Emissionen aus der Atmosphäre entnommen werden, als ausgestossen werden. Damit soll

die Schweiz Verantwortung für einen gangbaren Ausweg aus der Klimakrise übernehmen.

Die aktuell beratene Revision des CO₂-Gesetzes steht nicht im Widerspruch zu dieser Strategie, sondern ist ein erster wichtiger Schritt in diese Richtung. Wichtig ist, dass diese Revision nun rasch verabschiedet wird und in Kraft tritt, da sie bereits zur Entwicklung von wichtigen Technologien für eine klimapositive Schweiz beitragen kann.

Wandel in Gesellschaft und Wirtschaft

Gleichzeitig braucht es mehr: Wir müssen heute einen grundlegenden Wandel in Gesellschaft und Wirtschaft anstossen. Dieser Wandel bremst nicht nur die Klimaerwärmung. Er trägt auch dazu bei, weitere Umweltbelastungen zu reduzieren und die soziale und globale Gerechtigkeit zu fördern. Zudem bietet dieser Wandel die Chance, hier und heute die Lebensqualität der Bevölkerung zu verbessern. Und wir müssen auch ausserhalb des CO₂-Gesetzes die Weichen für eine klimaposi-

tive Schweiz stellen, beispielsweise im Stromversorgungsgesetz, im Energiegesetz und in der Agrarpolitik. Zudem braucht es nach Inkrafttreten des neuen CO₂-Gesetzes zeitnah eine weitere Revision des Gesetzes als nächsten Schritt hin zu einer klimapositiven Schweiz.

Im Vergleich zur Energiestrategie 2050 des Bundes ist unser Klimaplan wesentlich ehrgeiziger hinsichtlich der Senkung des Energieverbrauchs und des CO₂-Ausstosses, der Erhöhung der Effizienz und der vermehrten Einsatzes erneuerbarer Energien. Zudem werden auch Massnahmen in weiteren Sektoren skizziert. Neu werden erstmals explizit auch technische Senken zur Reduktion der CO₂-Emissionen gefordert.



Kurt Egger
Nationalrat GRÜNE TG



50 JAHRE FRAUENSTIMMRECHT

IM OSTGRÜN-LAND

Das Ostgrün-Land ist ein konservativer Teil der Schweiz. Nach der Einführung des Frauenstimmrechts gelang nur einzelnen Frauen die Wahl in die Parlamente. Die GRÜNEN waren seit ihrer Gründung 1985 Vorreiterinnen. Heute stellen sie in den meisten Parlamenten den grössten Frauenanteil aller Parteien.

KEG. In der Ostschweiz geht alles etwas langsamer. Mit der Einführung des Frauenstimmrechts auf nationaler Ebene am 7. Februar 1971 war dieses Recht bereits in 13 Kantonen beschlossen. Im gleichen Jahr folgten Glarus und Thurgau und 1972 dann auch St.Gallen und Graubünden. 1971 wurde lediglich eine Frau aus den Ostgrün-Kantonen in den Nationalrat gewählt (Hanny Thalman, CVP, SG). 1974 folgte für 1.5 Jahre Elisabeth Lardelli (SVP, GR) und erst viel später kam der Thurgau dazu. 1986 wurden Margrit Camenzind (CVP, TG) und 1987 Menga Danuser (SP, TG) gewählt. Ständerätinnen hatten es noch schwerer. Erst 1995 hatte mit Erika Forster-Vannini (FDP) der Kanton St.Gallen eine Ständerätin. Der Thurgau folgte 2011 mit Brigitte Häberli-Koller (CVP). Der Kanton Glarus hatte bisher weder eine National- noch eine Ständerätin.

Grüne Parlamentarierinnen

Etwas Nachholbedarf haben auch die GRÜNEN aus dem Ostgrün-Land. In den vier Kantonsparlamenten politisieren heute 12 Frauen und 19 Männer, in den nationalen Parlamenten eine Frau und zwei Männer. Dies ist deutlich unterdurchschnittlich. Vorbildlich sind die

GRÜNEN St.Gallen. In den Nationalrat wurden bisher ausschliesslich Frauen gewählt: Pia Hollenstein (1991, 1995, 1999, 2003), Yvonne Gilli (2007, 2011) und Franziska Ryser (2019).

Ostschweizer Regierungsrätinnen

Auch in den kantonalen Regierungen mussten die Ostschweizer Frauen lange warten. Wieder ging der Kanton St.Gallen voran. 1996 wurden Rita Roos-Niedermann (CVP) und Kathrin Hilber (SP) Regierungsrätinnen. Im gleichen Jahr zog der Thurgau mit Vreni Schawalder (SP) nach, 1998 dann auch Glarus (Marianne Dürst, FDP) und 1999 Graubünden (Eveline Widmer-Schlumpf, BDP, damals noch SVP). Aktuell ist der Kanton Thurgau Vorreiter. Mit drei Frauen gibt es eine Frauenmehrheit in der Regierung und mit 34% ist der Frauenanteil im Grossen Rat am höchsten. Für die GRÜNEN hat es bisher noch nie zu einem Regierungssitz gereicht.

GRÜNE als Vorreiterin

Schweizweit sind die GRÜNEN seit ihrer Gründung Vorreiterinnen in der Gleichstellung, sei es auf der Strasse (zwei Frauenstreiks 1991 und 2019) oder mit politischen Forderungen.

Bereits 1991 stellten die GRÜNEN als erste Fraktion im Bundesparlament eine Frauenmehrheit. Die Grüne Fraktion ist die weiblichste Fraktion im National- (63% Frauen) und Ständerat (80%). Und in den Kantonsparlamenten sind die GRÜNEN mit 46 Prozent Frauen vertreten. Auch die Ostschweizerinnen holen auf: 2019 konnte der Frauenanteil deutlich erhöht werden. Und in den letzten Jahren sind aktive Frauengruppen entstanden: im Kanton Glarus bereits 1996 und im Thurgau und St.Gallen 2019 (siehe separate Berichte in dieser Ostgrün-Ausgabe).



Pia Hollenstein war die erste grüne Bundesparlamentarierin aus der Ostschweiz.



ERSTER ERFOLG DER GRÜNEN FRAUEN THURGAU

Seit dem 11. April 2019 gibt es die GRÜNEN Frauen Thurgau. Bereits im ersten Jahr konnte ein erster Erfolg erzielt werden. Am Frauenstreiktag überreichten die Frauen dem Thurgauer Regierungsrat eine Botschaft mit Forderungen. Eine dieser Forderungen wurde bereits umgesetzt.

HHE. Die Co-Leiterin Heidi Heine der GRÜNEN Frauen Thurgau beschreibt das Selbstverständnis: Wir verstehen uns als Gruppierung innerhalb der «GRÜNEN Thurgau», die Frauenthememen aufgreifen und sich aus der Frauensperspektive für «grüne Themen» in der Politik Gehör verschaffen. Wir möchten nicht unter einem «Zwangs-kontext» etwas bewegen. Unsere Ziele sollen durch gegenseitiges Stärken und Vernetzen erreicht werden. Wir können nur dort aktiv sein, wo sich Frauen aus unserer Gruppe engagieren wollen. Selbstverständlich sind auch wir basisdemokratisch organisiert und hoffen

auf rege Teilnahme. Wir behalten uns vor, für gewisse Anlässe «unter Frauen» zu bleiben oder gezielte Personenkreise einzuladen. Wir sind «herrlich» unperfekt und kreativ unterwegs – und das ist gut so!

Wie wir uns organisieren

Wir sind kein eigenständiger Verein, sondern gehören zu den «GRÜNEN Thurgau» und halten uns an deren Statuten. Heidi Heine und Brigitta Engeli sind Co-Leiterinnen. Sie halten mit einer Kerngruppe die Fäden zusammen, greifen Themen auf und sind Ansprechpartnerinnen für Fragen, Ideen und Anregungen. Für die Planung von Aktionen und Veranstaltungen bilden sich Arbeitsgruppen, die im Austausch mit der Leitung stehen. Thematisch orientieren wir uns an den Themen, welche im «Netzwerk grüne Frauen* Schweiz» aktuell sind. Wir freuen uns aber auch, wenn regionale Themen aufgegriffen werden. Eigeninitiative ist erwünscht, gegenseitige Unterstützung und Vernetzung selbstverständlich.

Ein erster Erfolg

Am Frauenstreiktag überreichten die grünen Frauen dem Regierungsrat einen Forderungskatalog. Der Kan-

ton soll aktiv den Frauenanteil in Unternehmen fördern und der Wirtschaftsstandort Thurgau soll mit familienfreundlichen Arbeitszeitmodellen gestärkt werden, um so dem Fachkräftemangel entgegen zu treten. Als dritte Forderung sollen Geburtshäuser auf die kantonale Spitalliste gesetzt werden. Auf diese Forderung trat die Regierung ein und setzte das Geburtshaus St.Gallen ein Jahr später auf die Spitalliste. Dieser Erfolg freut die Frauen, auch wenn es ihnen bewusst ist, dass es noch viel braucht, bis die Anliegen der Frauen in der Politik angemessen gehört und umgesetzt werden.

Die GRÜNEN Frauen Thurgau organisieren seit ihrer Gründung regelmässig Treffen, wie z.B. einen Workshop zum Thema Humor-Frauen-Politik (www.freudeleicht.ch), einen Museumsbesuch zu «Frauen in der Kunst» oder eine Exkursion zu «Offenen Gärten».

KONTAKT

Heidi Heine, h.heine@gruene-tg.ch
Brigitta Engeli, brigitta.engeli@gmail.com

www.gruene-tg.ch
www.facebook.com/gruenefrauen.tg



Bild: Das Geburtshaus St.Gallen steht auch dank der GRÜNEN Frauen TG wieder auf der Thurgauer Spitalliste (www.geburtshaus-sg.ch)



GEMEINSAME IST GETEILTE

VERANTWORTUNG

Vor 50 Jahren nahmen die Bündner das Frauenstimmrecht auf eidgenössischer Ebene knapp an, ein Jahr später auch auf kantonaler Ebene. Die letzten 10 Gemeinden mussten 1983 zur Einführung des Frauenstimmrechts gezwungen werden. Und wie sieht die politische Gleichstellung heute in Graubünden aus?

AMA. In Graubünden hinkt die Gleichstellung hinterher. Die Regierung ist ein reines Männergremium. Im Grosse Rat sind 92 von 120 Stühlen von Männern besetzt. In der Verwaltung sind grossmehrheitlich männliche Amtsleiter an den Schalthebeln. Auch in den Kommissionen und in der Gemeindepolitik sind Frauen in der Minderheit.

Gründe des «Rückstands»

Sind das Nachwehen der späten Einführung des Stimm- und Wahlrechts für Frauen in Graubünden? Im Gegensatz zu einigen Kantonen in der Nord- und Westschweiz hatten die Bündnerinnen bei Annahme des eidgenössischen Stimm- und Wahlrechts 1971 noch kein kantonales Recht. Sie starteten quasi bei Null und mussten Erfahrungen und Netzwerke für die politische Beteiligung und Arbeit erst aufbauen.

Ein weiterer Grund für den «Rückstand» in Sachen Gleichstellung ist kulturell bedingt. Sei es bei der Berufswahl, der Aufteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit oder der Vereinbarkeit von Beruf und Familie: Oft orientieren sich Frauen wie Männer an herkömmlichen Rollenbildern. Diese

sind tief verankert; Prägungen und Rollenbilder sind oft immer noch entscheidender als Talente und Neigungen. Dabei wäre eine Gesellschaft, in der Frauen und Männer gleichermaßen an der Familien- und Erwerbsarbeit teilhaben, anpassungsfähiger und widerstandsfähiger. Sie kann besser auf Veränderungen reagieren. Gerade in Graubünden, mit seinen einerseits strukturschwachen und andererseits prosperierenden Regionen, ist die Gesellschaft auf diese Resilienz angewiesen. Dank Chancengleichheit bleiben diese Regionen attraktiv für Menschen jeden Geschlechts und Alters.

Stabsstelle für Chancengleichheit von Frau und Mann

Der Stabsstelle für Chancengleichheit von Frau und Mann geht die Arbeit auch 25 Jahre nach ihrer Gründung nicht aus. Die Stabsstelle nimmt das Jubiläum zum Anlass, nach vorne zu schauen: Welche Themen sind heute noch relevant, welche Impulse braucht es, um die Gleichstellung aller Geschlechter im Kanton weiter voranzubringen?

«Die politische Beteiligung von Frauen ist (noch) kein Selbstläufer.»

2022 stehen kantonale Wahlen an. Graubünden ist dringend darauf angewiesen, dass der Schub des Frauenstreiktags 2019 und der Initiative «Helvetia ruft», der viele Frauen in den National- und Ständerat gebracht hat, auch kantonale nachwirkt. Der Grosse Rat ist für Politikerinnen

(und Politiker) auch in Graubünden das wichtigste Gremium auf dem politischen Weg. Eine ausgewogene Geschlechterverteilung auf Kantonsebene trägt dazu bei, dass für die nächsten nationalen Wahlen genügend Frauen zur Verfügung stehen. Die politische Beteiligung von Frauen ist (noch) kein Selbstläufer. Sie muss stetig gepflegt und gefördert werden.



Barbara Wülser
Leiterin kantonale Stabsstelle für
Chancengleichheit von Frau und Mann



GRÜNE FRAUEN

KANTON ST.GALLEN

Im April 2019 formierten sich die GRÜNEN Frauen* Kanton St.Gallen. Die Gruppe ist offen für alle interessierten Frauen* und dient der Vernetzung, dem Austausch und um inhaltliche Positionen zu vertreten. Gründungsmitglied der GRÜNEN Frauen* SG ist auch Alt-Nationalrätin Pia Hollenstein.

DBO. Pia Hollenstein hat die Einführung des Frauenstimmrechts 1971 miterlebt. Als Zeitzeugin erzählt Pia von ihren Erinnerungen und ihrem Engagement von damals.

Wie war es für dich, nicht abstimmen und wählen zu können?

Die Tatsache, dass ich noch nicht abstimmen konnte, Männer aber schon, war der Grund, der mich politisierte.

Erinnerst du dich an das erste Mal wählen/abstimmen?

Ich mag mich sehr gut daran erinnern. Wir gingen damals auf die Gemeinde, um das Kuvert einzuwerfen. Das war

eine echte Genugtuung für mich: Dass wir Frauen jetzt gleich viel Wert sind wie die Männer. Ein riesiges Problem war gelöst!

Was findest du, fehlt heute noch für die tatsächliche Gleichstellung?

Das Problem heute ist, dass wir zwar ganz gute Gesetze haben, diese aber noch nicht umgesetzt sind. Zum Beispiel ist die Lohngleichheit noch nicht erreicht. Frauen verdienen immer noch weniger als Männer. Nur weil sie Männer sind, nicht weil sie besser arbeiten. Auch für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie müssten noch ganz viele Massnahmen getroffen werden.

Wie lautet dein Ratschlag für engagierte, junge Frauen?

Sie sollen kritisch hinschauen: Wo sind die Ungerechtigkeiten? Und dann stellt man ganz viel fest und dann sollen sie sich empören! Das gibt Mut und Energie. Engagiert euch zum Beispiel in der Frauen*streickbewegung. Wir können es uns gar nicht leisten aufhören zu kämpfen.

Interview transkribiert aus Social Media-Video der GRÜNEN Schweiz vom 7. Februar 2021.

KONTAKT

Aline Geisser
alinegeisser@gmail.com
www.gruene-sg.ch/gruene-frauen-sg

Naturgarten und essbare Wildpflanzen intensiv

- swch.ch Kurs 508, 12-15 Juli 2021, in Flawil/Uzwil
- „Mission B“ - Naturgarten und essbare Wildpflanzen
- Das Programm, findest du auf der Webseite von swch.ch
swch.ch Kurse sind auch für nicht Lehrpersonen offen

Markus Scheiwiller, Forstwart, Naturgartenfachmann NGL, 071 / 951 31 88, markusscheiwi89@hotmail.com

Die Welt vermüllt. Politik und Behörden schauen zu. Darum Neu auch Müllsammelkanutouren



GRÜNE FRAUEN

IN GLARUS FEIERN

Willst du mit spannenden Frauen genussvoll Politik machen? Dann bist du bei den GRÜNEN Frauen Glarus an der richtigen Adresse. Am 24. November 2021 können sie ihr 25-jähriges Bestehen feiern. Ein Fest von und für die aktiven Frauen und interessanten Gästen soll es geben.

PMU. Einige Frauen sind seit der Gründung der GRÜNEN Frauen Glarus aktiv dabei. So auch Myrta Giovanoli, die Gründerin und erste Präsidentin. Als ehemalige Parteipräsidentin führte sie den damaligen Sekretär und heutigen Ständerat Mathias Zopfi in die Politik ein. Sie sagt mit Freude: «25 Jahre GRÜNE Frauen: Ein bunter Strauss von Aktivitäten aufgestellter Frauen – engagiert wie eh und je bei Unterschriftensammlungen, Verkaufsständen oder der Organisation von witzigen Anlässen».

Edith Marti-Imholz, Mitgründerin und ehem. Landrätin Glarus, ergänzt: «Die



Vrene Stalder, Präsidentin der GRÜNEN Frauen Glarus

grünen Frauen sind ein Fundus an kreativen Ideen und ein Pool von unterstützenden und tatkräftigen Frauen». Sie ist noch heute regelmässig Gastgeberin für kreative Sitzungen der Frauen.

Mitmachen lohnt sich auf jeden Fall. Darin sind sich die heutigen Co-Präsidentinnen der Kantonalpartei einig, die trotz vielen anderen Terminen an den Frauentreffen regelmässig teilnehmen. Priska Müller Wahl ist zudem für die GRÜNEN Glarus im nationalen Vorstand und seit 2004 Landrätin. Regula N. Keller vertritt im Büro vom Landrat die GRÜNEN. Sie ergänzt: «Mal wohltuend unaufgeregt, mal lautstark, aber immer kreativ setzen wir GRÜNE Frauen Glarus uns ganz konkret für eine (umwelt-)gerechtere Welt ein».

Seit 20 Jahren Präsidentin

Und wer haltet die Fäden dieser bewegten Frauengruppe zusammen? Das ist Vrene Stalder aus Glarus, die motiviert sagt: «Ich bin seit 20 Jahren als Präsidentin aktiv, weil es für mich wichtig ist, mich dort wo ich wohne tatkräftig zu engagieren; für die Sache der GRÜNEN und für die Anliegen der Frauen.» Im 2021 wird sie das Präsidentenamt weitergeben.

Entstehungsgeschichte

Aber wieso entstand neun Jahre nach der Kantonalpartei dieses Frauennetzwerk? Die Gründerfrauen verfolgten drei Ziele:

- Frauen sollten vermehrt für die (grüne) Politik interessiert werden;
- Politik sollte «lustvoller» werden;
- Mitgliederwerbung und Finanzbeschaffung sind nützliche Nebenprodukte und helfen für Wahlsiege.

1996 starteten sie Veranstaltungen mit Fachreferaten zu aktuellen Themen, die sie auch interessierten. Statt den üblichen Sitzungen sollten die Frauen nebenbei immer etwas Wohltuendes erleben. So war das Jahresprogramm neben den politischen Anlässen immer mit mindestens gleich vielen «Wohlfühl-Anlässen» gespickt, wie Discos oder Workshops zu Naturkosmetik.

Mit Neophytenbekämpfung und Arbeitseinsätzen auf Alpen kommt Geld in die Kasse, das für mehr Inserate bei Wahlen eingesetzt wird. Zudem produzieren und verteilen die grünen Frauen die originellsten und nachhaltigsten Wahl-Give-aways. Mit Erfolg: Im Landrat legten die GRÜNEN zu und weisen einen hohen Frauenanteil auf.



ARBEITSGRUPPEN MIT ERSTEN VORSTÖSSEN

Bei den GRÜNEN Kanton St.Gallen haben sich in den letzten Monaten verschiedene Arbeitsgruppen formiert. Die Arbeitsgruppen haben seither verschiedene politische Vorstösse und Vernehmlassungsantworten ausgearbeitet. Weitere Arbeitsgruppen und Vorstösse sollen folgen.

DBO. Arbeitsgruppen (kurz AGs) leisten wichtige thematische Grundlagenarbeit. Mit ihrem fachlichen Know-how und gemeinsam erarbeiteten Ideen unterstützen sie die Arbeit der Kantonsratsfraktion und der Kantonalparlei. So erarbeiten sie unter anderem politische Vorstösse für den Kantonsrat oder erstellen Vernehmlassungsantworten. Neben Fachpersonen sind auch weitere Interessierte in unseren Arbeitsgruppen willkommen. Folgend stellen wir unsere aktuellen Arbeitsgruppen kurz vor.

AG «Energie und Klima»

Bis vor Kurzem gab es bei den GRÜNEN St.Gallen nur eine Arbeitsgruppe: die Arbeitsgruppe «Energie» beziehungsweise «GRÜNEnergie», wie sie sich selber bisher treffender bezeichnete. Da die Arbeitsgruppe stärker mit dem Thema Klima identifiziert werden möchte, haben sie sich auf 2021 hin in die AG «Energie und Klima» umbenannt. Aktuell befasst sie sich denn auch mit dem Klimaplan der GRÜNEN Schweiz und dem Klimaaktionsplan («Climate Action Plan», CAP) der Klimajugend. Die von Vorstandsmitglied Richi Faust geleitete Arbeitsgruppe trifft sich regelmässig, aktuell jedoch «nur» online.

AG «Gleichstellung, Soziales und Familie»

Die Arbeitsgruppe «Gleichstellung, Soziales und Familie» (kurz «GleichSoFa») setzt sich vertieft mit der Gleichstellung von Frauen und Männern, sozialpolitischen Themen und einer zeitgemässen Familienpolitik auseinander. Die Arbeitsgruppe hat innert kürzester Zeit bereits einige Vorstösse für den Kantonsrat erarbeitet und Antworten für Vernehmlassungen erstellt. Die AG wird von den beiden Kantonsrätinnen Margot Benz und Jeannette Losa geleitet.

AG «Natur und Landwirtschaft»

Neben dem Klimaschutz ist auch der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen ein Kernthema der GRÜNEN. Zu diesem Zweck hat sich die Arbeitsgruppe «Natur und Landwirtschaft» formiert. Sie setzt sich mit dem Erhalt der Biodiversität und der Ökologisierung der Landwirtschaft auseinander. Neben drei Vorstössen für den Kantonsrat hat die AG auch bereits zwei Vernehmlassungsantworten ausgearbeitet, eine davon zur Strategie «Ernährung und Landwirtschaft» der GRÜNEN Schweiz. Geleitet wird die AG von Fraktionspräsident Meinrad Gschwend.

AG «Richterwahlen»

Die Arbeitsgruppe «Richterwahlen» wird von Kantonsrätin und Juristin Margot Benz geleitet. Sie setzt sich für die Erhöhung der Wahl von grünen Richter*innen ein, insbesondere in hauptamtlichen kantonalen Mandaten.

ARBEITSGRUPPEN

GRÜNE KANTON ST.GALLEN

AG «Energie und Klima»

Leiter: Richi Faust

richi.f Faust@gruene-sg.ch

AG «Gleichstellung, Soziales und Familie»

Co-Leiterin: Margot Benz

margot.benz@gruene-sg.ch

Co-Leiterin: Jeannette Losa

jeannette.losa@gruene-sg.ch

AG «Natur und Landwirtschaft»

Leiter: Meinrad Gschwend

meinrad.gschwend@gruene-sg.ch

AG «Richterwahlen»

Leiterin: Margot Benz

margot.benz@gruene-sg.ch

Mehr unter:

www.gruene-sg.ch/arbeitsgruppen



MASHALLAH, ICH BIN

SCHULDENFREI!

Eine unglaubliche Geschichte aus dem Oberthurgau zeigt, wie die Gemeinden mit Sozialhilfegeldern unsorgfältig umgehen. Und sie zeigt auch, wie nötig Flüchtlingsorganisationen sind, welche die verständlicherweise ahnungslosen Migrant*innen unterstützen.

BIM. 2015 kam Mustafa zusammen mit vielen anderen Flüchtlingen aus Afghanistan in der Schweiz an. Er kam vom Aufnahmezentrum in ein Durchgangsheim und lernte dort erst mal ein wenig Deutsch. 2016 konnte er vom Durchgangsheim in eine Gemeinde wechseln und bewohnte dort ein Zimmer. Er bekam die Bewilligung F (vorläufig aufgenommen) und konnte eine Lehre als Holzbaupraktiker beginnen. Es war nicht einfach für ihn, aber mit Fleiss, Durchhaltewillen und der Unterstützung von Freiwilligen und seinem Arbeitgeber hat er seine Lehre im Sommer 2020 erfolgreich abgeschlossen. Sein Arbeitgeber ist immer noch sehr zufrieden mit ihm: Nun hat er eine feste Anstellung und verdient genug, um auf eigenen Füßen stehen zu können. Eine Erfolgsgeschichte mit Happy End.

Sozialamt forderte 40'000 Franken! Anfang Dezember 2020 bekommt Mustafa die Abrechnung des Sozialamts der Gemeinde. In diesem Schreiben wird ihm mitgeteilt, dass er dem Sozialamt rund 40'000 Franken schuldet. Dabei handelt es sich um Unkosten, welche die Gemeinde ihm für Wohnung, Krankenkasse und Lebensunterhalt in Rechnung stellt. Sein Lehr-

lingslohn, das Stipendium und geleistete Arbeiten sind bereits abgezogen. Diese Schulden wird er wohl mehrere Jahre abzahlen müssen. Mustafa war schockiert.

Die Gemeinde vergas, die Globalpauschale des Bundes abzuziehen

Der Bund bezahlt der Gemeinde für jeden Flüchtling einige Jahre (5 bis 7 Jahre, je nach Status) eine monatliche Pauschale von 1'500 Franken. Diese wurde im Fall von Mustafa aber nicht in Abzug gebracht. Zum Glück hat Mustafa keine Schuldenerkennung unterschrieben und sich direkt an die freiwilligen Helfer*innen vom Solinetz Oberthurgau gewandt. Nach kurzer Überprüfung wurde mit der Hilfe eines engagierten Rechtsanwaltes ein Schreiben an die Sozialbehörde aufgesetzt und – oh Wunder – einige Tage später haben sich Mustafas Schulden in Luft aufgelöst. Die rund 84'000 Franken vom Bund waren mehr als genug, um die Schulden auf Null zu reduzieren.

Engagierte Zusammenarbeit zwischen Politik, Freiwilligen und Rechtsanwalt

Am 6. November 2019 reichte die grüne Kantonsrätin Gina Rüetschi, zusammen mit anderen, die Interpellation

Titelbild: Mustafa beim Lernen.

mit dem Titel «In die Lehre gehen oder in die Leere laufen lassen» ein. Eine der Fragen bezog sich genau auf diese Problematik:

«Was gedenkt der Kanton zu unternehmen, falls er feststellt, dass einzelne Gemeinden Sozialhilfegelder von Geflüchteten zurückfordern und damit Bundesgelder ihren Kassen zuleiten?»

Mit der fadenscheinigen Begründung, die Bundesgelder stünden nicht bestimmten Personen zu, wurde die Praxis gerechtfertigt. Unterdessen wurden aber in mehreren Fällen die Rekurse gegen solche Entscheide gutgeheissen und damit diese haarsträubende Praxis nicht gebilligt. Im Januar 2021 wurden nun die Gemeinden informiert, dass die Globalpauschale bei der Berechnung einfließen muss.

Freiwillige Helfer*innen informieren die Flüchtlinge nun vorab. Bei Bedarf wird zudem juristische Unterstützung angefordert, um ungerechtfertigte Forderungen der Gemeinden abzuweisen.

Ende gut – alles gut!



ZU VIEL PESTIZID

IN UNSEREN GEWÄSSERN

Im Dezember debattierte der Grosse Rat engagiert über eine Interpellation von Toni Kappeler. Das Fazit: Es gibt im Thurgau ein Problem mit Pflanzenschutzmitteln. Insbesondere die kleineren Bäche und die Obst- und Ackerbauzonen sind massiv überbelastet.

KEG. «Welche Pflanzenschutzmittel (kurz PSM) und Metaboliten finden sich im Grund- und Trinkwasser sowie in Fliessgewässern unseres Kantons, in welcher Menge und woher stammen sie?». Das war eine der sieben Fragen, die der grüne Kantonsrat Toni Kappeler an die Regierung stellte. Der Regierungsrat nahm die Sache sehr ernst und verfasste eine 28-seitige detaillierte Antwort. Toni Kappeler lobt die Regierung «Ein so ausführlicher Bericht kommt sehr selten vor. Das zeigt, dass die Regierung das Problem nicht auf die leichte Schulter nimmt».

Das ist auch bitter nötig, denn der Bericht zeigt die Probleme schonungs-

los auf. Es gibt nichts zu beschönigen, wenn im Eschelisbach 18 Wirkstoffe nachgewiesen werden, welche die Grenzwerte zum Teil massiv überschreiten. In Oberflächengewässern werden Kleinlebewesen, das Makrozoobenthos, permanent vergiftet, was mit chronischer Toxizität bezeichnet wird. Im Grundwasser wurden 42 Wirkstoffe nachgewiesen, 19 davon sind Pflanzenschutzmittel, welche langfristig unser Trinkwasser gefährden.

Grundsätzlich haben Wirkstoffe in unseren Gewässern und unserem Trinkwasser nichts zu suchen. Kommt hinzu, dass wir über die Cocktailwirkung, die Toxizität der ganzen Mischung an Wirkstoffen, noch sehr wenig wissen. In der ganzen Diskussion um Pflanzenschutzmittel darf der nichtkontrollierte Einsatz von Pestiziden im Siedlungsraum nicht untergehen. Hauswarte und Liegenschaftsbesitzer setzen Herbizide auf Wegen, Kiesplätzen, Terrassen und Dächern ein, obwohl dies ganz klar verboten ist. Da besteht akuter Handlungsbedarf.

Zur Verbesserung der Situation schlägt die Regierung eine Intensivierung der Bildung und Beratung vor. Neu sollen

Titelbild: Kleingewässer in der Landwirtschaftszone sind oft stark belastet (Bild T. Kappeler).

Wasser- und Pflanzenbauberater*innen die Landwirte unterstützen. In der landwirtschaftlichen Grundausbildung wird das Fach Pflanzenschutz verstärkt und vermehrt sollen Weiterbildungsveranstaltungen angeboten werden. Die Landwirte erhalten auch finanzielle Unterstützung, wenn sie den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln reduzieren.

Die GRÜNEN fordern ein mutigeres Vorwärtsgen mit griffigen Massnahmen und klaren Zielen. Ein Bio-Aktionsplan, wie ihn der Kanton Aargau kennt, wäre beispielsweise ein wirkungsvolles Instrument, um in der Agrar- und Ernährungspolitik einen schonenden Umgang mit Ressourcen und einen verantwortungsbewussten Konsum von Lebensmitteln zu fördern.



Toni Kappeler
Kantonsrat, Münchwilen



Waldbach (Itobel): kaum oder wenig belastet (Bild T. Kappeler).



OFFENES MIKROFON

FÜR KANTONSFRÄUEN

Auch 50 Jahre nach Einführung des Frauenstimmrechts dominieren Männer die Parlamente, auch den Kantonsrat St.Gallen. Aus Anlass des Jubiläums schlagen drei grüne Kantonsrätinnen vor, dass während eines Sessionshalbtages auf freiwilliger Basis nur die Frauen im Parlament sprechen sollen.

MBE/SKO. Am 7. Februar 2021 wurde das Jubiläum 50 Jahre Frauenstimmrecht begangen. Das ganze Jahr über finden landesweit Veranstaltungen zu diesem Jubiläum statt. Der Kanton St.Gallen hat das Frauenstimmrecht im Jahr 1971 als einer der wenigen Kantone nicht angenommen. Für viele Frauen ist das Jubiläum nur bedingt ein Grund zum Feiern, sondern vielmehr ein Grund, sich Gedanken über die Gleichstellung der Geschlechter und das bisher Erreichte zu machen.

Im Jahr 1972, als sich erstmals Frauen in den damals 180-köpfigen Kantonsrat wählen lassen konnten, wurden 11 Frauen und 169 Männer gewählt. Heute, 49 Jahre später, sitzen dreimal mehr Frauen im verkleinerten 120-köpfigen Rat. 32 Frauen und 88 Männer debattieren und entscheiden in der St.Galler Legislative. Das ist ein Fortschritt, aber das Ungleichgewicht ist auch nach zwei Generationen noch sehr gross.

Interpellation ans Ratspräsidium
Um auf diesen Umstand aufmerk-

sam zu machen, haben die grünen Kantonsrätinnen Margot Benz (St. Gallen), Jeannette Losa (Mörschwil) und Tanja Zschokke (Rapperswil-Jona) eine Interpellation zuhanden des Ratspräsidiums eingereicht. Sie fordern, dass die Kantonsrätinnen im Jubiläumsjahr

«Das Ziel dieses Halbtages ist es, die Frauen, die immer noch in der Minderzahl sind, gegen aussen sichtbarer zu machen.»

des Frauenstimmrechts eine besondere Plattform erhalten. An einem Halbtage während der Septembersession sollen sich nur Frauen an der Debatte beteiligen. «Das Ziel dieses besonderen Halbtages ist es, den Kantonsrätinnen für einmal das Mikrofon zu überlassen, um die Frauen, die immer noch in der Minderzahl sind, gegen aussen stärker sichtbar zu machen. So können sie ihre Vorbildfunktion für die nächste Generation wahrnehmen», sagt Tanja Zschokke. Jeannette Losa ergänzt: «Es trifft sich gut, dass im September mit grosser Wahrscheinlichkeit eine Frau den Kantonsrat präsidieren wird».

Freiwilligkeit statt Zwang
Gemäss Geschäftsreglement des Kantonsrates haben alle Mitglieder das Recht, sich an der Diskussion zu betei-

ligen. Die Interpellantinnen betonen, dass sie diesen Grundsatz nicht in Frage stellen. «Wir wollen den Männern im Rat nicht das Wort verbieten. Ein Sessionshalbtage, an dem nur Frauen an das Mikrofon treten dürfen, bedingt eine entsprechende, freiwillige Vereinbarung unter den Fraktionen», erklärt Margot Benz. Die grünen Kantonsrätinnen gehen davon aus, dass die grosse Mehrheit der Parlamentarier sich bereit erklären wird, auf freiwilliger Basis während eines halben Tages auf Wortmeldungen zu verzichten und den Frauen den Vortritt zu lassen.



Im Kantonsrat St.Gallen sind Männer auch heute noch übervertreten.



Am **Sonntag, 13. Juni 2021** stimmt die Schweizer Bevölkerung gleich über zwei Vorlagen gegen Pestizide ab: die Trinkwasser-Initiative und die **Pestizid-Initiative**. Für Letztere übernehmen die GRÜNEN Schweiz den Lead im Abstimmungskampf. Im Ostgrün-Land wird aktuell ein überregionales Komitee für die Pestizid-Initiative aufgebaut. Die Koordinationsfunktion dazu übernehmen die GRÜNEN des Kantons St.Gallen (Kontaktperson: Daniel Bosshard).

Die **Initiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide»** hat zum Ziel, jegliche synthetische Pestizide in der landwirtschaftlichen Produktion und Verarbeitung sowie in der Landschaftspflege zu verbieten.

Kontakt

Ostschweizer Komitee für die Pestizid-Initiative
c/o GRÜNE Kanton St.Gallen
Harfenbergstrasse 17
9000 St.Gallen



OSTGRÜNE:

ANSCHLUSS FINDEN

Kantonalparteien

- GRÜNE Glarus
Ennetbühlerstr. 3
8755 Ennenda
www.gruene-gl.ch
sekretariat@gruene-gl.ch
- VERDA Graubünden
Bungertweg 16
7206 Igis
079 820 71 99
www.verda-gr.ch
info@verda.gr
- GRÜNE St.Gallen
Harfenbergstr. 17
9000 St.Gallen
071 244 00 58
www.gruene-sg.ch
sekretariat@gruene-sg.ch

- GRÜNE Thurgau
Barbara Imholz, Aspenstr. 6
8580 Sommeri
071 410 06 01
www.gruene-tg.ch
sekretariat@gruene-tg.ch

OSTGRÜN, Redaktion und Inserate

- Kurt Egger, Präsident GRÜNE TG
079 207 84 37
kurt.egger@gruene-tg.ch
- Daniel Bosshard, Präsident GRÜNE SG
079 846 63 98
daniel.bosshard@gruene-sg.ch

Redaktionsschluss Ausgabe 2/21
1. Juni 2021

AGENDA OSTGRÜN

Details siehe Webseiten Kantonalparteien.

Glarus

www.gruene-gl.ch

- **Mittwoch, 31.3.** HV GRÜNE Kanton GL und Debatte für Landsgemeinde
- **Samstag, 17.4.** Exkursion zu Baumqualitäten & Dorfklima, Mollis
- **Samstag, 1.5.** Standaktion am Flohmarkt in Glarus
- **Sonntag, 2.5.** Glarner Landsgemeinde 2021
- **Sonntag, 9.5.** Aktivitätstag «slow sunday2021» im Klöntal

Graubünden

www.verda-gr.ch

- **Freitag, 4.6.** Mitgliederversammlung mit Nationalrätin Franziska Ryser

St.Gallen

www.gruene-sg.ch

- **Dienstag, 16.3.** 19.30 Uhr HV GRÜNE Region Rorschach
- **Dienstag, 6.4.** 19.30 Uhr Offene Vorstandssitzung GRÜNE Linth
- **Samstag, 24.4.** 8.00 bis 13.00 Uhr Veloflohmarkt in der Altstadt von Wil
- **Samstag, 8.5.** Mitgliederversammlung GRÜNE Kanton SG
- **Donnerstag, 27.5.** 19.30 Uhr Offene Vorstandssitzung GRÜNE Linth

Thurgau

www.gruene-tg.ch

- **Montag, 26.4.** 19:15 Uhr Mitgliederversammlung GRÜNE TG
- **Mittwoch, 26.5.** nachmittags, Fraktionsausflug mit Gästen in den Bezirk Arbon

Ostschweiz und National

- **Samstag, 27.3.** DV der GRÜNEN CH
- **Montag, 5.4.** Bodensee-Friedensweg
- **Samstag, 21.5.** Klimastreik
- **Sonntag, 13.6.** Abstimmungen